

Erbprinz Alois fordert höheres Rentenalter

Die langfristige Sicherung der AHV war auch Thema in der gestrigen Thronrede.

Patrik Schädler

Die jährliche Thronrede ist jeweils auch der Startschuss für das politische Jahr in Liechtenstein. Erbprinz Alois hat gestern zum 16. Mal den Landtag damit eröffnet. In seiner Rede im Plenarsaal nahm der zusätzliche Finanzbedarf der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) einen grossen Raum ein. Zur Verbesserung der langfristigen Situation schlägt die Regierung drei mögliche Lösungsansätze vor: die Erhöhung des Staatsbeitrages, die Erhöhung der Beitragssätze und ein Rentenalter von 66 Jahren für die Jahrgänge 1963 und jünger.

Von einer Erhöhung des Staatsbeitrages hält Erbprinz Alois nicht viel. «Dies ist meiner Ansicht kein sinnvoller Einsatz von Steuermitteln», so der Stellvertreter des Landesfürsten. Auch den zweiten Lösungsansatz begrüsst er nicht: «Bei immer weiter zunehmenden Beitragserhöhungen verlieren wir ansonsten längerfristig für die Versicherten die Generationengerechtigkeit und für die Unternehmen unsere Standortattraktivität.» Somit bleibt nur

die Variante Rentenalter. Und hier geht der Erbprinz weiter als die Diskussionsvorschläge der Regierung: «Damit wir nicht alle paar Jahre – womöglich noch im Wahlkampf – mit erheblichem politischem Aufwand Sanierungspakete für die AHV schnüren müssen, sollten wir eine Regelung prüfen, wonach sich das Pensionsalter automatisch an die Lebenserwartung anpasst.»

Heute bezieht jeder mehr als 20 Jahre lang eine Rente

Ein solches Modell hat etwa Dänemark eingeführt. Das Rentenalter wird dort 2035 auf 69 klettern und danach alle fünf Jahre um ein weiteres Jahr angehoben. Das Ziel ist, dass jeder Däne durchschnittlich nur etwa während 15 Jahren seines Lebens Rentengelder bezieht.

In Liechtenstein wird heute wesentlich länger eine AHV-Rente bezogen. Gemäss dem Versicherungsgutachten der Regierung lag 2018 die Restlebenserwartung eines 65-jährigen Mannes durchschnittlich bei rund 20,5 Jahren, diejenige der Frauen sogar bei rund 23,4 Jahren. Für das Jahr 2038 wird eine Restlebenserwartung

im Alter von 65 Jahren von 23,3 Jahren bei Männern und von 25,7 Jahren bei Frauen prognostiziert.

Gemischte Reaktionen bei den Parteien

Bei der FBP stösst der Vorschlag des Erbprinzen auf wenig Gegenliebe. Die Bürgerpartei hat bereits am Mittwoch einhellig erklärt, dass sie eine Erhöhung des Rentenalters generell ablehnt. Ebenfalls abgelehnt wird die Idee vom Fraktionssprecher der Freien Liste, Georg Kaufmann: «Ich bin nicht einverstanden mit der Anpassung an die Lebenserwartung. Hier müssen noch andere Faktoren berücksichtigt werden.»

Die anderen befragten Parteivertreter zeigten sich offener. DU-Chef Harry Quaderer wünscht sich einfach eine «tragbare Lösung» und keinen Schnellschuss im Wahljahr. Und VU-Fraktionssprecher Günter Vogt erklärte: «Ich denke, wir müssen sämtliche Möglichkeiten prüfen, welche helfen, die AHV langfristig zu sanieren und nicht heute schon einzelne Ansätze ausschliessen.» **2 und 3**

Erbprinz wünscht sich eine Priorisierung

Für die laufenden Staatsausgaben wünscht sich der Stellvertreter des Staatsoberhauptes einen Fokus auf Ausgaben mit Zukunftsmehrwert.

Patrik Schädler

Erbprinz Alois hat in seiner 16. Thronrede zur Landtagseröffnung die Abgeordneten aufgefordert, trotz hohen Staatseinnahmen und Wahlkampf nicht «von unserer bewährten Haushaltsdisziplin abzurücken». Für die laufenden Staatsausgaben wünscht er sich ein Kostendach und Priorisierung auf Ausgaben mit einem hohen Mehrwert für die Zukunft. Einen solchen Mehrwert sieht der Erbprinz «insbesondere im Bildungsbereich, in einer nachhaltigen Pflegefinanzierung und in einer zusätzlichen Unterstützung für Eltern mit dem Ziel, die Betreuung ihrer Kinder im ersten Lebensjahr selbst wahrnehmen zu können».

Verkehrsprojekte mit Staatsreserven finanzieren

Bei Investitionen ohne Erhöhung der laufenden Kosten kann sich der Stellvertreter des Landesfürsten auch Entnahmen aus den Staatsreserven vorstellen. «Dies halte ich vor allem bei grossen Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und bei einem allfälligen Einkauf von Übergangsgenerationen in eine Pflegeversicherung für



Traditionell wird bei der Thronrede des Erbprinzen bei der Landtagseröffnung gestanden.

Bild: Tatjana Schnalzer

überlegenswert, wenn dies zu Systemverbesserungen führt», so der Erbprinz. Er sprach aber nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmenseite an. «Da sich die Staatsausga-

ben von Land und Gemeinden und die damit verbundenen Kosten sehr unterschiedlich entwickelt haben, spricht einiges dafür, dass der Finanzausgleich zulasten einiger sehr

grosszügig ausgestatteter Gemeinden bzw. zugunsten des Landes sowie finanzschwacher Gemeinden überarbeitet wird.» Dies sei im letzten Jahr gescheitert, weil eine Zweckbin-

dung des Landes verlangt worden sei. «Ich bedaure dies, auch weil ich Zweckbindungen von Staatseinnahmen generell für problematisch erachte», so der Erbprinz.

Hier wünscht sich der Erbprinz Massnahmen von der Politik

Ein Kurzüberblick über die zentralen Themen der 16. Thronrede:

- Sicherung der **AHV** durch eine Erhöhung des **Pensionsalters**, Prüfung einer Indexierung an die Lebenserwartung.
- Nachhaltige Pflegefinanzierung mit einer neuen Pflegeversicherung.
- Unterstützung für Eltern mit dem Ziel, die Betreuung ihrer Kinder im ersten Lebensjahr selbst wahrnehmen zu können.
- Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur
- Reform des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden ohne Forderung nach einer Zweckbindung der Mittel beim Staat.
- Investitionen in Verkehrsprojekte. (sap)

Hinweis

Die 16. Thronrede von Erbprinz Alois kann im Wortlaut unter www.vaterland.li/409407 nachgelesen werden.

Umfrage: Die Fraktionssprecher äussern sich zu drei Fragen bezüglich der Ansprache des Erbprinzen



Günter Vogt
Vaterländische Union



Georg Kaufmann
Freie Liste



Daniel Oehry
Fortschrittliche Bürgerpartei



Herbert Elkuch
Neue Fraktion



Harry Quaderer
Die Unabhängigen

1 Was ist Ihnen von der Ansprache des Erbprinzen am meisten im Gedächtnis geblieben?

In der Rede ging es vor allem um eine konstruktive Zusammenarbeit im letzten Jahr der Legislaturperiode, die nicht von «Wahlkrämpfen» überschattet werden soll. Es ist wichtig, dass hauptsächlich die Koalitionspartner aufeinander zugehen und die Agenda vorantreiben.

Er hat vor allem den sorgsam Umgang mit den Staatsfinanzen angesprochen und betont, dass Investitionen in zukunftssträchtige Projekte gemacht werden sollen. Es hat mich gefreut, dass er das Thema Kinderbetreuung im ersten Lebensjahr explizit herausgehoben hat. Zwei Themenbereiche haben mir aber gefehlt, einerseits der Klimawandel und andererseits die Digitalisierung der Arbeitswelt.

Die genannten Inhalte und Kernaussagen sprechen mir aus der Seele. Der Erbprinz weist darauf hin, dass der Staatshaushalt ein sehr zartes Pflänzchen ist und volatil. Das bedeutet, dass wir sehr abhängig vom Finanzplatz sind. In seiner Rede kamen auch die Sozialwerke zur Sprache, in welche Gelder gelenkt werden sollen. Nicht wiederkehrend, sondern einmalig.

Mit den Ausgaben sollten wir nicht überborden und nachhaltig investieren. Die Abgeordneten dürfen auf die kommenden Landtagswahlen hin nicht versuchen, mit Geschenken Stimmen zu sammeln. Klar ist, dass die **AHV** saniert werden sollte. Gerade der Export der Leistungen kann zu einer unkontrolliert hohen Belastung für die künftige Generation werden.

Ich bin froh, dass er einen Appell an die Abgeordneten gerichtet hat, indem er sie auffordert, jedes Jahr das Augenmerk auf den Staatshaushalt zu richten. Jetzt wo der Honig fliesst, ist Vorsicht beim Geldausgeben geboten. Die Steuereinnahmen sind aufgrund unseres Steuergesetzes eher volatil. Wir können aber auch grössere Investitionen tätigen, sei es in Sachen Verkehr oder der Pflegeversicherung.

2 Der Erbprinz forderte für das kommende Jahr mutige Schritte, wie könnten solche aussehen?

Beispielsweise die **AHV-Revision**. Es geht auch darum, ob das **Rentenalter** erhöht werden soll. Die **FBP**-Fraktion hat sich bereits gegen diese Massnahme ausgesprochen. Ich denke aber, wir müssen sämtliche Lösungen überprüfen, die helfen, die **AHV** zu sanieren. Eine andere wichtige Entscheidung wird auch den Bereich Mobilität mit der allfälligen **S-Bahn FL A.CH** betreffen.

Mutige Schritte sind in Bezug auf die **AHV** zu gehen, so beispielsweise bei der Erhöhung des **Rentenalters**. Über das lässt sich diskutieren. Ich bin aber nicht einverstanden mit der automatischen Anpassung an eine Lebenserwartung. Es fliessen noch viele andere Faktoren ins Pensionsalter ein.

In Sachen Pflegeversicherung könnte man starten. Dann braucht es aber eine Investition von 100 bis 200 Mio. Franken. Auch über ein Mobilitätskonzept wird weiter diskutiert werden. Ob man hier eine Bahn oder Strasse bauen muss, steht noch nicht fest. Aber es wird Investitionen geben müssen, die in die Zukunft und Stabilität des Landes fliessen.

Brauchen wir mutige Schritte überhaupt? Wir machen weiter wie bisher, versuchen uns konstruktiv im Parlament einzubringen und werden eher zurückhaltend sein bei grösseren Investitionen. Für nachhaltige Investitionen hingegen werden wir uns einsetzen. So zum Beispiel in Sachen Verkehr.

Es ist klar, dass Probleme bewältigt werden müssen, wie beispielsweise die **AHV-Finanzierung**. Hierfür muss eine tragbare Lösung und keine kurzfristige Entscheidung auf das Wahljahr hin gefunden werden. Es braucht mutige Lösungen auch im Verkehr oder in der Bildung. Die Gefahr besteht aber, dass man sich im Wahljahr gegenseitig blockiert.

3 Er erachtet den Finanzausgleich als sinnvoll, wie steht Ihre Partei dazu?

Wir sind offen dafür. Allerdings stellen wir uns einen horizontalen und nicht einen vertikalen Finanzausgleich vor. Das bedeutet, dass die **VU** will, dass die finanzstarken die finanzschwachen Gemeinden unterstützen. Und nicht, dass das Geld in die Landeskasse fliesst.

Diesbezüglich gehe ich mit dem Erbprinzen einig, dass die besterstellten Gemeinden dem Staat Gelder zur Verfügung stellen sollen. Es hat mich gefreut, dass er sich in diesem Bereich nicht für eine Zweckbindung der Staatseinnahmen ausgespricht.

Läuft es heute schlecht auf dem Finanzmarkt, dann liegt das Risiko beim Land. Die Gemeinden müssen keinen Beitrag leisten. Es ist aber wichtig, dass die Aufgabenentflechtungen genau angeschaut werden. Das ist eine Aufgabe, die einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Dieses Thema müssen wir noch genauer anschauen. Es braucht jedoch eine Lösung, die nicht jene bevorteilt, die wenig erreichen, und jenen, die viel erreichen das Geld wegnimmt. Denn auch Gemeinden müssen wirtschaftlich denken.

Der Finanzausgleich ist ein Dauerbrenner. Es braucht eine tragbare Lösung und für diese bin ich durchaus zu haben.

Susanne Quaderer